Tageblatt für Politik. Unterhaltung. Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38/40 8—8, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Kloster. 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nachträgliche Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.
Dresden, 1891.

Sagradawein,
Wein-Fluidextract von Cascara sagrada. Ohne jede Beschwerde zuverlässig wirkendes, angenehmend mildes, wohlschmeckendes Abführmittel, stört nicht wie Senna, Tamarinde und drastischere Stoffe die Verdauung, sondern regelt selbige und kann länger gebraucht werden. Flaschen à Mk. 1, 1.50, 2.50 in den Apotheken.
Man verlange den echten von J. Paul Liebe, Dresden.

Bauartikel, Kessel, Pfannen, Decimalwaagen etc. etc. etc. empfiehlt billigst Friedrich Klotz Königsbrückerstrasse 80 und 81. Bautznerstrasse 28.

Bürgerl. Brauhaus Dresden-Plauen
empfiehlt seine garantirt haltbaren und reinschmeckenden
Fass- und Flaschenbiere.
Eigene Verkaufsstellen:
Annenstr. 47, Antonsplatz 8, Trompeterstr. 7, Grunaerstr.-Neug. 7.
Telephon Nr. 1099.

Tapeten Versandt Geschäft: Marschall Str. 29.
F. Schade & Co.
Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke. Tapeten

Chinawein,
Stärkungsmittel für Reconvalescenten und Blutarme.
1 Flasche 3 M., mit Eisen 3 M. 50 Pf.
Prompter Versandt nach auswärts.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Fromm's Karlsbader Original-Wasser- und Radelzwieback, König-Johannstr. 2b.
haltbar und stets frisch schmeckend. Bestes Diätgebäck bei allen Krankheiten. Versandt nach allen Orten.

Nr. 44. Spiegel: Oesterreich und Rußland. Neues italienisches Ministerium. Hofnachrichten. Verwerthung des Straßenkehrichts. Vor fünfzig Jahren. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Aschermittwoch Concert. Kgl. Schauspiel. | **Freitag, 13. Februar.**

Politisches.

Der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand von Oesterreich am St. Petersburger Hofe ist ganz im Rahmen der herkömmlichen höfischen Ceremonien und Festlichkeiten verlaufen. Die Verleihungen von Orden und Regimentern, welche sich als Höflichkeitsbeweise an fast alle hervorragenden Fürstenbesuche zu knüpfen pflegen und auch diesmal nicht ausgeblieben sind, können als bloße Formalitäten niemals eine symptomatische Bedeutung haben. Von politischem Interesse dagegen sind die Kommentare, welche die Presse der bei der Besuchsreise zunächst betheiligten Länder, die österreichische und die russische, zu dem Aufenthalt des Erzherzogs am Zarenhofe liefern. Die deutsch-österreichischen Blätter betonen zunächst übereinstimmend, daß der Reise des zukünftigen Thronfolgers an sich eine politische Tragweite nicht beizumessen sei. Der Besuch des Erzherzogs sei eine Erwiederung des Besuches, welchen im vorigen Herbste der Zarewitsch dem Kaiser Franz Joseph abgestattet hatte. Zugleich vereinige sich damit die Absicht des Erzherzogs, sich persönlich am Hofe des Zaren einzuführen, welche bereits vor dem Besuche des Zarewitsch bestanden habe. Der jugendliche Prinz, wird ferner hervorgehoben, könne mit einer politischen Mission nicht betraut sein, weil derselbe, da er sich bisher von allen politischen Fragen noch ferngehalten habe, gar nicht die geeignete Persönlichkeit sei, um als Träger geheimer diplomatischer Aufträge dienen zu können. Trotz dieser Erklärungsgründe der Reise als eines bloßen Höflichkeitsaktes und gänzlich unpolitischen Ereignisses können dieselben Zeitungen aber nicht oft genug wiederholen, daß Oesterreich-Ungarn den lebhaften Wunsch habe, möglichst freundschaftliche Beziehungen zu Rußland hergestellt zu sehen, und es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand in Petersburg eine wesentliche Besserung in dem politischen Verhältnisse zu Rußland herbeiführen werde. Die Stärke dieser Wünsche und Hoffnungen beeinträchtigt ein wenig die gleichzeitige Versicherung, daß der Dreibund nach wie vor als der Grund- und Eckstein des gegenwärtigen europäischen Staatensystems zu betrachten sei, daß von einer Sprengung desselben niemals die Rede sein könne, sondern daß vielmehr der tief innerliche Gegensatz zwischen beiden Staaten unüberbrückbar sei. Dieser Gegensatz trete vor Allem in der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns und Rußlands zu Tage: während Oesterreich-Ungarn die freie und selbstständige Entwickelung der Balkanstaaten verlange und fördere und keiner Macht das Recht zuerkenne, über dieselben eine Vormundschaft auszuüben, beanspruche Rußland die Vorherrschaft auf dem Balkan und strebe dahin, seinen Einfluß dort zu dem allein maßgebenden zu machen. Auf russischer Seite scheinen diese Gegensätze nicht als unversöhnlich angesehen zu werden. Spricht man doch von gegenseitigen Kompensationen zur Hinwegräumung der vorhandenen Differenzen. Als eine solche hebt man z. B. hervor, daß Rußland den Oesterreichern die Erlaubniß ertheilen könne, die beiden okkupirten Provinzen Bosnien und Herzegowina vollständig dem eigenen Staatskörper einzuverleiben. Es ist selbstverständlich, daß als Aequivalent hierfür die Russen eine entgegenkommende Haltung des Wiener Kabinets in der Orientpolitik verlangen würden. Daß sich ferner die russischen Wünsche mit denen der Czechen begegnen, ist bezeichnend. Ein czechisches Blatt benutzt die Gelegenheit der Nordreise des Erzherzogs Franz Ferdinand, um in warmen Worten die Vortheile einer Annäherung Oesterreichs an Rußland zu preisen, denn Deutschland nütze die Habsburg'sche Monarchie nur in seinem eigenen Interesse aus. Und russische Organe knüpfen an die in wärmsten Tönen gehaltene Begrüßung des hohen Gastes die Erwartung, daß das Donaureich sich endlich wieder von der Tripelallianz abwenden und sein Heil in neuem innigen Anschluß an das Reich des Zaren suchen werde. Es wird dabei an die alte Waffenbrüderschaft zwischen beiden Staaten erinnert, welche den Oesterreichern stets zu großem Vortheile gereicht habe. Diese Erinnerungen sollen die Wiener Hofburg überzeugen, daß sie sich weit besser und freier gefühlt hätte in der ruhmreichen Zeit der Verbindung mit Rußland, wo sie unbeschränkte Herrin in Mitteleuropa gewesen wäre, als jetzt, wo die preußischen Staatsmänner nur darnach streben, Oesterreich in Bezug auf Deutschland in eine Stellung hineinzudrängen, in der sich Bayern, Sachsen und Württemberg bereits befänden. Daß auch dem russischen Hofe die erneute Annäherung an Oesterreich-Ungarn und damit eine größere Isolirung Deutschlands als erstrebenswerthes Ziel erscheint, darauf deutet die ungemein glänzende und herzliche Aufnahme, welche der österreichische Thronfolger am Ufer der Newa seitens des Zaren gefunden hat. Schon darin, daß der Zarewitsch im letzten Herbst dem Kaiser Franz Joseph einen Besuch abstattete, ließ sich ein beachtenswerthes Symptom erkennen. Der Zarewitsch befand sich damals auf der Reise nach Triest, von wo ihn ein russisches Geschwader nach der Levante bringen sollte. Und wenn er bei seiner Durchreise durch Wien auch nur 24 Stunden als Gast in der Hofburg weilte, so stand dieser Besuch doch in einem auffälligen Kontraste zu einer Thatsache, welche sich noch zu Lebzeiten des greisen Kaisers Wilhelm ereignete. Als der Zarewitsch vor 8 Jahren von dem Stuttgarter Königsjubiläum heimkehrte, passirte er Berlin, ohne dem Berliner Hofe einen Höflichkeitsbesuch zu erweisen. Er verweilte wie ein gewöhnlicher Reisender zwei Stunden auf dem Bahnhofe und fuhr dann mit dem nächsten Eilzuge in seine Heimath. Dieses verschiedenartige Verhalten beweist recht schlagend, wie entgegengesetzt die Stimmung des Zaren Berlin und Wien gegenüber sein muß.

Den Russen erscheint gegenwärtig die Zukunft in rosigstem Lichte. Ihren innigsten und aufrichtigsten Herzenswunsch, die völlige Vereinsamung Deutschlands, sehen sie der Verwirklichung nahe gerückt. Nach dem Sturze Crispi's, meinen sie, werde es der französischen Diplomatie gelingen, Italien vom Dreibunde loszureißen und Oesterreich habe ja bereits angefangen, sich auf eigene Füße zu stellen. Und dem so allein gelassenen Deutschland stellen sie kein freundliches Prognostikon, da die dortige innere Lage auch die Macht nach außen schwächen müsse. Alle selbstständigen Charaktere, bemerkt der „Grashdanin", verschwänden von der Bildfläche; nur noch die Philister des liberalen Lagers und Männer biegsamer Art könne Kaiser Wilhelm am Staatsruder gebrauchen. Das öffentliche und parlamentarische Leben komme in Deutschland aus dem Zustande des Schwankens und der Aufregung nicht heraus. Bald, so prophezeit das russische Blatt in siegestrunkener Schadenfreude, werde auch dem hochbetagten Caprivi die Regierung zu schwer werden. — So schwer es dem deutschen Patrioten wird, die Haltung unserer Reichsregierung in allen Stücken zu billigen, im Ausland soll man sich doch um Himmels willen nicht darüber täuschen, welch' mächtigen Rückhalt das Deutsche Reich in seiner Einigkeit hat, wenn es gilt, nationale Interessen in der Stunde höchster Gefahr dem Auslande gegenüber zu vertreten. Den Herren an der Newa könnte es sonst einmal leicht so ergehen, wie den Politikern an der Seine vor 20 Jahren, die auch von dem wirklichen einigen Zusammenstehen aller deutschen Stämme sich kein Bild machen wollten.

Die Zusammensetzung und auch das Programm des neugebildeten italienischen Ministeriums berechtigt nicht gerade dazu, demselben eine lange Lebensdauer zuzusprechen. Crispi hat dieselbe auf 2 oder 3 Monate berechnet. Wer weiß, ob das buntscheckig zusammengewürfelte Kabinet nicht schon vorher zusammenbricht. Der Ministerpräsident und Leiter des Auswärtigen, Rudini, gehört der Rechten an, Nicotera, der neue Minister des Innern, ein ehemaliger Republikaner, der äußersten Linken. Derselbe grundsätzliche Gegensatz, der zwischen der Rechten und der Linken der italienischen Deputirtenkammer besteht, wiederholt sich bei dem nächsten Ministerpaare, Luzzati und Branca. Jener, der Schatzminister, in dem zum ersten Male ein Israelit ein italienisches Ministerportefeuille erhält, vertritt wie Rudini die alte Rechte, während der Arbeitsminister Branca in den Reihen der oppositionellen Linken saß und im vorigen Jahre vergeblich eine Vereinigung der südländischen mit den oberitalienischen Gegnern Crispi's erstrebt hatte. Außer den Genannten verdient noch der neue Unterrichtsminister Villari Erwähnung, der zwar ein hervorragender Gelehrter ist, aber gerade als solcher schwerlich den an ihn zu stellenden Anforderungen gewachsen sein dürfte. Zum Finanzminister hat man einen Professor des Mailänder Polytechnikums ernannt, Colombo mit Namen, und zum Justizminister einen Herrn, der sich nie in seinem Leben mit der Justiz befaßt hat. Um so unbefangener werden vielleicht diese der Lösung ihrer Aufgaben gegenüber treten. Auch die Letztgenannten gehören verschiedenen Parteirichtungen an, Colombo z. B. dem rechten Centrum, Villari der Rechten. In Fragen der auswärtigen Politik scheint wenig Uebereinstimmung zu herrschen. Der Chef des Ministeriums, Rudini, wird als ein überzeugter Anhänger des Dreibundes gerühmt, während Luzzati kein Freund der Deutschen genannt werden kann, Nikotera aber ausgesprochenermaßen zu Frankreich hinneigt. Nikotera, neben Rudini der hervorragendste der Mitglieder des Ministeriums, wird überhaupt wohl Derjenige sein, der dasselbe zu Falle bringen wird. Nikotera, ein starrer, reizbarer und unumgänglicher Charakter, besitzt in der Kammer ein kaum nennenswerthes Gefolge von einigen wenigen starren und unversöhnlichen Antierispianern; von ihm ist kaum anzunehmen, daß er sich mit seinen Collegen von der Rechten dauernd wird verständigen und vertragen können. Der wichtigste Punkt des Programmes ist die wirthschaftlich-finanzielle Frage. Um die Herstellung des Gleichgewichtes der Finanzen wird sich zunächst Alles drehen und es wird die Aufgabe des neuen Kabinets sein, dieselbe ohne neue Steuern und Auflagen, denen alle Parteien abgeneigt sind, zu ermöglichen. Das wäre aber nur erreichbar durch die möglichste Einschränkung in allen Verwaltungszweigen. Auch das Kriegsbudget wird ohne ganz erhebliche Abstriche nicht durchgebracht werden können. Das bedeutet jedoch eine erhebliche Schwächung der nationalen Wehrkraft Italiens und eine Verminderung der militärischen Stärke des Dreibundes. Hierin also läge in erster Linie das Unerfreuliche, welches der Sturz Crispi's als erste Folge mit sich führte, so erfreulich auch andererseits die Versicherung der Fortsetzung und Erhaltung der bisherigen Friedenspolitik klingen mag, welche das an die auswärtigen Mächte gesandte Rundschreiben Rudini's enthält. Auffällig allerdings ist es, daß in diesem Rundschreiben des Dreibundes mit keinem Worte Erwähnung gethan wird.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12 Februar.

Berlin. Reichstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Dr. Mehnert eine Erklärung des Frhrn. v. Friesen mit, welche die Behauptung Bebel's zurückweist, der Vater des Frhrn. v. Friesen sei im Mai 1867 in Bebel's Werkstatt zu Leipzig gekommen und habe diesen zu seiner Jungfernrede im Norddeutschen Reichstag gegen den Norddeutschen Bund beglückwünscht. Frhr. v. Friesen erklärt, sein Vater habe damals Bebel nicht gekannt und nie gesehen; er sei 1867 überhaupt nicht nach Leipzig gekommen. Bebel hält dem gegenüber seine Behauptung voll und ganz aufrecht. Da seine Werkstatt zu klein gewesen, so sei er mit Frhr. v. Friesen's Vater auf den Hof hinausgetreten, wo der Freiherr die fraglichen Aeußerungen gethan. Der Vorfall sei übrigens wiederholt, ohne sein Zuthun, in der Wahlbewegung, namentlich von nationalliberaler Seite, angerührt worden. Frhr. v. Friesen habe übrigens von der Thatsache dem Rechtsanwalt Otto Freitag in Leipzig selbst Kenntniß gegeben. Dann wird in die 2. Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung (Arbeiterschutz) eingetreten. — Abg. Hitze (Centr.) konstatirt, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung von der Kommission gegen 2 Stimmen angenommen sei und daß die beiden Mitglieder, welche dagegen stimmten, prinzipiell ebenfalls auf dem Boden der Vorlage ständen, daß ihnen dieselbe aber nicht weit genug gehe. Selten sei ein Gesetz von solcher Bedeutung berathen worden, welches sich so wie dieses der Zustimmung aller Parteien erfreute. § 105a bestimmt in der Kommissionsfassung: An Sonn- und Festtagen können die Gewerbtreibenden die Arbeiter zur Arbeit nicht verpflichten. Arbeiten, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auch an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden dürfen, fallen unter diese Bestimmungen nicht. — Abg. Orterer (Centr.) beantragt zu setzen: Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten, fallen unter vorstehende Bestimmung nicht. — Abg. Stumm (Reichsp.) befürwortet die Kommissionsfassung, welche das Ergebniß eines Kompromisses sei. — Abg. Krause (freis.) erklärt im Allgemeinen, daß das Gesetz den Behörden zu weitgehende Befugnisse einräume, daß sich daran aber leider wenig ändern lasse. Der Antrag Orterer würde nur eine weitere Komplikation bringen. — Abg. Dr. Hartmann (kons.) wendet sich gleichfalls gegen den Antrag Orterer, der nur auf dem Papier, nie aber in der Praxis den Arbeitern mehr gewähre. — Abg. Bebel konstatirt, daß seine Partei auch der Tendenz einer Anzahl Bestimmungen des vorliegenden Entwurfs nicht zustimme. — Handelsminister v. Berlepsch befürwortet die Kommissionsfassung. Abg. Orterer: Dieselbe enthalte eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes. Die Sozialdemokraten nähmen auch diesem Gesetze gegenüber eine ablehnende Haltung ein, obgleich dasselbe zweifellos große Verbesserungen bringe. — Abg. Bebel: Das Gesetz würde in dieser Fassung mehr schaden als nützen. In kleinliche Kompromisse lasse sich seine Partei nicht ein. — Abg. Böttcher (nat.-lib.): Ohne gegenseitige Verständigung sei eine solche Gesetzgebung wie diese überhaupt nicht möglich. Die sozialdemokratische Partei wolle eine solche aber gar nicht, weil sie wohl wisse, daß ihre Existenz auf der Unzufriedenheit der Arbeiter basire. — Abg. Bebel: Mit diesem Gesetz werde die Unzufriedenheit der Arbeiter nicht beseitigt, diese werde erst mit der herrschenden Klasse verschwinden. — Der Antrag Orterer wird abgelehnt, und § 105a in der Kommissionsfassung angenommen. — § 105b findet nach längerer Debatte in folgender Fassung Annahme: Die den Arbeitern zu gewährende Ruhe hat für jeden Sonn- und Festtag mindestens 24, für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage 36, für die Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertage 48 Stunden zu dauern. Die Ruhezeit ist von 12 Uhr Nachts zu rechnen und muß bei zwei aufeinanderfolgenden Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr Abends des zweiten Tages dauern. In Betrieben mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht kann die Ruhezeit frühestens um 6 Uhr Abends des vorhergehenden Werktages, spätestens um 6 Uhr Morgens des Sonn- und Festtages beginnen, wenn für die auf den Beginn der Ruhezeit folgenden 24 Stunden der Betrieb ruht. Der letztere Satz war durch einen Kompromißantrag der Abgg. Dr. Hartmann, Gutfleisch und Letocha aufgenommen worden. — Abg. Holtzmann (nat.-lib.) hatte in der Debatte den Schluß des Zusatzes: „Wenn für die auf den Beginn der Ruhezeit folgenden 24 Stunden der Betrieb ruht" bekämpft. Durch diese Bestimmung werde ein neues bedenkliches Prinzip aufgenommen, in dem man sich hier nicht auf die Sonntagsruhe der Arbeiter beschränke, sondern dazu übergehe, die Betriebe auf 24 Stunden zum Stillstand zu verurtheilen. Namentlich würden Mühlen, Holzstoffabriken und Papierfabriken, sowie andere auf Wasserkraft angewiesene Betriebe davon schwer betroffen. Die Produktion würde damit um 1/7 vermindert und die Unkosten würden entsprechend erhöht. Der Arbeiter aber werde einen Lohnausfall von mindestens 60 Mk. pro Jahr erleiden, denn die Verhältnisse der in Betracht kommenden Industrieen gestatteten nicht die Hoffnung auf eine entsprechende Lohnerhöhung. Den Arbeitern solle ihre 24stündige Sonntagsruhe in vollem Maße zu Theil werden, aber man möge nicht darüber hinausgehen und die Betriebe selbst lahm legen. — Abg. Dr. Hartmann wies darauf hin, daß die Vorlage zahlreiche Ausnahmen zulasse, unter welchen auch die von Holtzmann angeführten Betriebe fallen würden, sodaß dessen Antrag entbehrlich sei. — Von den Sozialdemokraten war beantragt worden, die Sonntagsruhe auf 36 bezw. (für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage) auf mindestens 60 Stunden festzusetzen. Bebel begründete diesen Antrag, durch welchen allein unter Berücksichtigung der für den Schlaf und den Weg von und zur Arbeitsstätte erforderlichen Zeit dem Arbeiter ein wirklich freier Sonntag gesichert werde. Das Verbot der Sonntagsarbeit, wie es die Kommission vorschlage, werde nur ein Ueberhandnehmen der Nachtarbeit zur Folge haben. — Die Volkspartei hatte eine 30stündige Sonntagsruhe beantragt, Abg. v. Münch (wilddemokratisch) eine solche von 32 bezw. 56 Stunden. — Abg. Dr. Hartmann erklärt diesen Anträgen gegenüber, daß die Kommissionsfassung den Arbeitern thatsächlich mehr biete, als der Antragsteller annehme. Man möchte die Kommission nicht überbieten, da man sonst das Ganze gefährden könnte. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht den kaiserlichen Erlaß, betreffend die Aufnahme einer 3prozentigen Reichsanleihe von 50,479,291 Mk. Der Erlaß datirt „Cuxhaven, 22. Januar." — Der Kaiser hat mit der Stellvertretung des Reichskanzlers im Bereiche der Justizverwaltung den Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. Bosse, beauftragt.

Halle. Der Privatdozent Dr. jur. Herzog hat sich heute erschossen.

Remscheid. Vergangene Nacht brannte das größte Vergnügungslokal der Stadt nieder. Drei Mitglieder einer Spezialtruppe kamen in den Flammen um.

Die Berliner Börse verlief still und schwach. Banken stärker angeboten. Deutsche Bahnen schwach, in österreichischen gleichfalls Realisation, doch blieben hier die Kurse ziemlich behauptet. Für Bergwerke wirkten Streikgerüchte ungünstig. Eisen- und Kohlenwerthe niedriger. Fremde Renten im Allgemeinen behauptet, Rubelnoten angeboten. Im Kassaverkehre Banken, Bahnen und Industrieen schwach. Von deutschen Fonds 3prozentige fest, 3½prozentige mehrfach abgeschwächt. In den neuen Scrips der deutschen Reichsanleihe und der preußischen Consols fand zeitweise lebhaftes Geschäft statt. Anfangs wurden dieselben zu 85,40, nachbörslich zu 85⅞ gehandelt. Oesterreichische Prioritäten ziemlich fest. Privatdiskont 2½ Prozent. Nachbörse befestigt. — Wetter: früh etwas Schnee, dann etwas Regen, von Mittag ab schön, Nord-Nord-Westwind.

Frankfurt a. M. (Abendb.) Credit 273.00. Staatsb. 217,40. Lomb. 116.10. Galizier —,—. Egypter 98.75. 4proz. Ung. Goldr. 93.40. Disconto 212.80. Dresdn. Bk. 156,00 Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Still.

Wien (Abendb.) Credit 307,75. Staatsbahn 243,75. Lombarden 131,25. Nordwest 215,25. Elbthalbahn 56,15. Ung. Credit 344,75. Behauptet.

Paris. (Schluß.) Rente 95,72. Anleihe 105,25. Italiener 93,97. Staatsbahn 541,25. Lombarden 307,50. do. Prioritäten —. Spanier 77⅛. Egypter 496,25. Ottomanen 623,75. Osmanen 658,00. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Februar 26,40, per Mai-August 27,10, ruhig. Spiritus per Februar 38,00, per September-Dezember 35,50, still. Rüböl per Februar 65,25, per Mai-August 67,50, weichend.

Amsterdam. Produkten (Schluß.) Weizen per März 228, per Mai —. Roggen per März 158, per Mai 152.

New-York, 11. Februar. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9⅛, do. in New-Orleans 9. Schmalz loco 5.90, do. Rohe u. Brothers 6.30. Zucker (Fair refining Muscovados) 5⅛. Mais (New) per März 61⅞. Rother Winterweizen loco 112⅛. Kaffee (fair Rio-) 19. Mehl 4 D. — C. Getreidefracht 2⅛. Kupfer per März 14.25 nominell. Weizen per Februar 110⅝, per März 110⅝, per Mai 108⅝. Kaffee Rio Nr. 7, low ordinary per März 16.85, per Mai 16.32.

Pfund's Sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Trockenfütterung. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.